

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 16 (1936-1937)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die Welt in Aufruhr  
**Autor:** Winkler, Franz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-158191>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Welt in Aufruhr.

Von Franz Winkler.

### I. Die bedrohte Schlüsselstellung Englands.

Gilt der bemerkenswerte Satz noch, den der gewesene Außenminister und gegenwärtige erste Lord der britischen Admiralität, Sir E. Hoare, in seinem Buche „Das vierte Siegel“ geprägt hat?:

„... aber ich verfocht unbedingt die Ansicht, daß Großbritannien zwar immer die ersten Schlachten eines Krieges verliere, die letzten aber immer gewinne“.

In der Welt zweifelt man an diesem Axiom der englischen Außenpolitik, seitmalen die Macht- und Prestigeeinbuße des Empire in den letzten Jahren sehr groß war. Die Haltung Englands in entscheidenden Fragen der Europa- und Weltpolitik wird kaum mehr verstanden und schon deshalb erscheint eine Analyse am Platze, um einigermaßen die schwankende, vielfach unverständliche Haltung der großbritischen Diplomatie verstehen zu können.

Die Engländer machen vor allem englische Politik und es ist ganz falsch, anzunehmen, daß sie irgend jemand zu Liebe oder zu Leide sich zu exponieren vermöchten. Das vorausgeschickt, ergeben sich im Besonderen folgende Fragen, die auch Leute stellen, welche sich angelegentlich bemühen, in politics auf dem Laufenden zu bleiben.

Wie konnte es geschehen, daß der Völkerbund unter Führung Englands im Abessinienkonflikte kapitulierte?

Großbritannien ist die einzige der Siegermächte, die aufrichtig bestrebt war, dem Gedanken der Beschränkung der Rüstungen Rechnung zu tragen. Die Bemühungen, den Völkerbund als Friedensinstrument zu aktivieren, fanden in England — Ausnahmen zugestanden — vorbehaltlose Zustimmung. In England existiert keine allgemeine Wehrpflicht und die militärtechnische Entwicklung anderswo fand dortzulande nur geringe Würdigung. So kam es, daß zwar die englische Flotte noch überlegen schien, daß aber die italienische Luftwaffe eine ernsthafte Bedrohung der britischen Verbindungswege im Mittelmeere bildete und den angesammelten, für den Einfall nach Ägypten bestimmten römischen Divisionen in Libyen, angesichts der Schwierigkeiten in Ägypten selbst, nichts Ebenbürtiges entgegengestellt werden konnte. England konnte allein die Risiken eines Kriegesalles nicht auf sich nehmen, denn das schwankende Frankreich des Herrn Laval kannte nur eine bedingte Völkerbundstreue. Der Völkerbund scheiterte an der Inkonsequenz

gallischer Politik. Zu spät erkannte London seinen Irrtum. Es zieht daraus die Folgerungen: ohne den Völkerbund fallen lassen zu wollen, macht es nunmehr die größten Anstrengungen, die Versäumnisse auf dem Gebiete der eigenen Landesverteidigung nachzuholen und aktiviert ein Rüstungsprogramm von gigantischen Ausmaßen, für das auch die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden sind. Des weiteren: England trachtet, die schweren Störungsfaktoren innerhalb des Weltreiches zu beseitigen, macht Konzessionen nach allen Seiten und schließt beispielsweise nolens volens mit dem nationalistischen Wafd Ägyptens Frieden. Es verhandelt mit den konnationalen Vermittlern im Araberaufstand Palästinas, ohne freilich in den Zugeständnissen sehr freigebig zu sein, so daß die Araber mit einem durchschlagenden Erfolg zur Zeit kaum rechnen können. Erfüllt von den Sorgen um die Entwicklung in Fernost und Europa geht es bei allen Entscheidungen behutsam und zögernd vor, indem Großbritannien sich — vorläufig — nirgends auf eine kriegerische Auseinandersetzung einzulassen gedenkt, denn es darf zwar diplomatische Schlachten, aber keinen Krieg verlieren und noch ist England unbeseigt. Es rechnet damit, daß die die Empireinteressen bedrohenden Nationen in der finanziellen Rüstung schließlich und letztlich den Wettlauf nicht auszuhalten vermögen. Der kühle und ewig rechnende Engländer vergißt, daß Gold allein heute nicht mehr entscheidet, sondern daß der Geist der jungen, nicht saturierten Nationen eine unbekannte Größe darstellt, die in Rechnung gestellt zu werden verdient.

Eine zweite Frage: Wie ist die freundschaftliche Zusammenarbeit der konservativen Regierung Englands mit den Sowjets zu erklären? Für viele Europäer erscheint diese Tatsache unverständlich und dennoch ist sie erklärbar. Die Annäherung an Moskau ist offensichtlich und drei Ereignisse von hoher Bedeutung sind es, welche die eingetretene Wandlung auch in jüngster Zeit unter Beweis stellen. Erstens: Auf der Konferenz von Montreux trat England für die Erfüllung der Forderungen der Schwarzmeeresstaaten bereitwilligst ein. Der Meerengenvertrag bedeutet aber, daß die Sowjets ihre Flotte in andere Meere verschieben können und nichts liegt näher als die Annahme, daß nun Moskau in den Werften am Schwarzen Meere mit Hochdruck eine Kriegsflotte aus dem Boden stampfen wird, mit noch gar nicht übersehbaren Rückwirkungen. Zweitens: Am 29. Juli dieses Jahres trafen England und Sowjetrußland ein Flottenabkommen in London. Und drittens: Zur selben Zeit gewährt Großbritannien einen Kredit an die Sowjetunion von 10 Millionen Pfund Sterling zu recht vorteilhaften Bedingungen zur Bezahlung von russischen Bestellungen bei englischen Lieferanten, die in der Zeit vom 1. August 1936 bis 30. September 1937 getätigt werden. Großbritannien stärkt auf jede nur mögliche Weise den Bundesgenossen Frankreichs, um dessen kontinentale Stellung gegenüber Italien und Deutschland zu festigen und baut seine Schiedsrichterrolle in Europa aus. Das allein vermag die Annäherung an Moskau jedoch keineswegs vollständig zu begründen. Es sind vorwiegend außereuropäische Er-

wägungen, die eine solche Politik bedingen. Es geht um die Einkreisung Japans, indem sich England und Rußland, China und U. S. A. zur Erhaltung des status quo in Fernost zu finden wünschen, denn in dieser Region steht für das Empire noch mehr als anderwärts auf dem Spiele.

Wo steht England im spanischen Bürgerkrieg? Im Herzen steht es bei der Volksfrontregierung in Madrid, amtlich vertritt es eine Politik kollektiver Neutralität. „Ein demokratisches oder kommunistisches Spanien bildet keine Gefahr für die englischen Mittelmeerinteressen, hingegen würde ein faschistisch-nationales Hispanien zur Gefahr für Frankreich und für die britische Stellung im westlichen Mittelmeer“ . . . ist die Meinung vieler Briten. Die kollektive Neutralität gegenüber den spanischen Ereignissen enthebt Großbritannien — wie immer die Dinge ausgehen — einer einseitigen Parteinarbeit. England laboriert.

Zusammengefaßt: Steht hinter der amtlichen britischen Politik ein Plan, besteht der Wille, einen solchen durchzusetzen? Man sieht vorläufig nur eine Politik der Pflaster und der Morphiuminjektionen. Die nächsten Jahre erst können darüber Aufschluß geben, ob Sir E. Hoare Recht behalten wird.

## II. Deutschland durchbricht die Blockade.

Auch die Gegner des Dritten Reiches sehen seine außenpolitische Situation als gebessert an. Die entscheidenden Veränderungen der letzten Jahre haben das außenpolitische Antlitz Deutschlands und Europas von Grund auf gewandelt. Die prophetische Warnung des damaligen Ministerpräsidenten Lloyd George in seinem Memorandum an Clemenceau anläßlich der Friedensverhandlungen von Versailles:

„ . . . denn Siege dauern nicht ewig, aber Ungerechtigkeit und Unmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden . . .“

ging buchstäblich in Erfüllung. Das Dritte Reich ist das Produkt jener westeuropäischen Pseudodemokratie, die im Namen der Demokratie die Heiligkeit überheblicher Gewalt zu verewigen glaubte. Der Nationalsozialismus ist andererseits die Reaktion auf die Proklamierung einer asiatisch-nihilistischen Gewalttheorie, die den Sowjetstaat schuf und das Abendland zu erobern sich anstrengt. Diese beiden Entwicklungsphasen gingen der nationalen Erhebung in Deutschland voraus und nicht umgekehrt. Es ist Irreführung ohnegleichen, das neue Deutschland als die Quelle alles Übels in Europa und in der Welt hinzustellen, ohne zu untersuchen, welche Ereignisse diese leidenschaftliche seelische Reaktion des deutschen Volkes zwingend auslösen mußten.

Die Entwicklung im Jahre 1936 bestätigt den Eindruck, daß es der deutschen Staatsführung gelungen ist, in wichtigen Positionen ansehnliche Erfolge einzuheimen, wenn auch Einbuhtungen dabei in Kauf zu nehmen waren. Deutschland blieb von den Händeln des Völkerbundes und dessen

Krisen unberührt und die strikte Neutralität im Abessinienkonflikt trug zur neuerlichen Verständigung mit Italien — nach zwei Jahren stärkster Trübung — erheblichst bei, ohne daß die schwer errungene bessere Relation zu England preisgegeben werden mußte. Im Schatten des Konfliktes innerhalb der Stresafrent vermochte die deutsche Staatsführung den kühnsten Schritt der Nachkriegsperiode, die Aufkündigung des Locarnovertrages, mit gleichzeitiger Rheinlandbesetzung vorzunehmen, wodurch die industriell wichtigsten Provinzen des Reiches den notwendigen militärischen Schutz erhielten. Die von der Gegenseite angekündigten Erschütterungen und Sühnemaßnahmen blieben aus.

Der von Adolf Hitler vorgeschlagene konstruktive Friedensplan steht zwar in Diskussion, an eine allgemeine Verwirklichung zu glauben fällt angesichts der politischen Entwicklung in Westeuropa schwer. Ein Westpakt, als Ersatz für das versunkene Vertragswerk von Locarno, scheint das Maximum dessen zu sein, was einigermaßen Wahrscheinlichkeitswert besitzt.

Die Berliner Wilhelmstraße hält an der Zweckmäßigkeit bilateraler Abmachungen unter den Staaten fest. Und je mehr die Kollektividee problematische Bedeutung erlangt, desto stärker treten die praktischen Erfolge der Berliner Auffassung in Erscheinung. In dieser Richtung bewegen sich die Bemühungen gegenüber Litauen, bei denen als Vorläufer für politische Abmachungen bereits die Normalisierung der jahrelang unterbrochenen Handelsbeziehungen sichtbar in Erscheinung tritt. Geradezu einen Triumph der deutschen These bildete der Abschluß der deutsch-österreichischen Konvention vom 11. Juli, die unter eine Episode, die sich schmerzlich für die Beteiligten und gefährvoll für Mitteleuropa erwies, einen Schlüsselpunkt setzte, um auf einer neuen Basis die Beziehungen zu normalisieren. Es ist anzunehmen — viel Geduld und Einsicht auf allen Seiten vorausgesetzt — daß die neue Aera eine Entwicklung herbeiführt, die der äußeren und inneren Befriedung in Österreich zu statten kommt. Die außenpolitische und militärische Situation des Dritten Reiches erfuhr durch die Juliabmachungen nicht nur eine entscheidende Entlastung, sondern einen realen Zuwachs an Ansehen und Prestige von noch unübersehbaren Ausmaßen.

Die handelspolitische Aktivität Deutschlands in Südosteuropaa findet große Beachtung. Sie ist aber insofern natürlich, da sich die agraren Überschüsse mit einem Fertigwarenelexport der deutschen Industrie kompensieren lassen. Der „Neue Plan“ des Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht trägt den besonderen Zahlungsverhältnissen der Südostregion Rechnung und die jüngst erfolgte persönliche Fühlungnahme des Reichsbankpräsidenten in den Hauptstädten Südosteuropas trug zum Ausbau der gegenseitigen handelspolitischen Beziehungen sicherlich bei. Dem Besuche Dr. Schachts in Paris kommt eine darüber hinausgehende Bedeutung zu. Gewiß waren es vornehmlich wirtschaftliche Tendenzen — zwischen Frankreich und Deutschland besteht ein vertragsloser Zustand — die die Gespräche be-

herrschten. Die Pariser Besprechungen könnten aber auch als Vorboten für weitaus heiklere politische Unterhaltungen gewertet werden, zumal Leon Blum hierfür weitgehendes Verständnis zeigt. Viel hängt allerdings von der innerpolitischen Entwicklung in Frankreich selbst ab, die freilich stärksten Spannungen ausgesetzt ist.

Gewiß, die französische Diplomatie gab, wiederum praktisch und nicht theoretisch gesehen, den Barthou'schen Einkreisungsplan auf, denn Deutschland war es gelungen, die gedachte Blockade in ihren Vorbereitungen zu sprengen. Paris eröffnete hierauf einen neuen Abschnitt seiner verhängnisvollen Nachkriegspolitik durch die Schaffung von Allianzen. Am 2. Mai 1935 wurde der franco-sockjetrussische Nichtangriffspakt unterzeichnet, indes sich die Ratifizierung — Laval war sich der nachteiligen Konsequenzen bewußt — bis ins Frühjahr 1936 hinzog. Die Tschechoslowakei tat am 16. Mai 1935 dasselbe. Dieser umwälzenden Kooperation ging die Eingliederung der Sowjetunion in den Völkerbund voraus. Seither gewinnt Moskau auf die europäische Entwicklung — außen- und innenpolitisch — steigenden Einfluß, gegen den sich Deutschland diplomatisch und durch Erhöhung seiner Wehrkraft wehrt. Rheinlandbesetzung und Einführung der zweijährigen Dienstpflicht stehen in Wechselwirkung zu der gigantischen Aufrüstung, für die der Stalinismus die an sich geringe Wohlfahrt des eigenen Volkes opfert und zur zunehmenden diplomatischen Aktivität Moskaus in Europa. Die franco-sockjetrussische Zusammenarbeit auf politischem und militärischem Gebiet spaltet Europa, löst die Kallierung der Gegenkräfte aus und bedingt die Bürgerkriegsstimmung in zahlreichen Ländern, zumindest aber zeigt sich in zahlreichen Staaten eine Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze. Unter solchen Auspizien wird der deutsch-französische Ausgleich immer schwieriger, denn der amtliche und nichtamtliche Bolschewismus belastet die gegenständlichen Bemühungen außerordentlich, zumal England eine unentschlossene Rolle spielt. Im ganzen Komplex erhält der spanische Bürgerkrieg eine Bedeutung von integralem Charakter. Ein bolschewistisches Spanien würde die europäische Situation von Grund auf zugunsten Moskaus ändern, ein nationalistisches Regime auf der pyrenäischen Halbinsel hingegen würde der antibolschewistischen Front einen bedeutenden Machtzuwachs sichern.

Die Skeptiker, die die englische Stützungsänderung gegenüber Deutschland mit Mißtrauen betrachteten, haben im allgemeinen Recht behalten, wobei diese allerdings übersehen, daß der britische Realismus Deutschland aus erheblichen Risiken befreite, die es mit den großen Entscheidungen der letzten Jahre einging.

Die deutsch-polnische Position weist gleichfalls gewisse Abschwächungen auf. Rhdz-Smigly — Armeegeneralinspekteur und der eigentliche Regent von Polen — der testamentarisch bestimmte Nachfolger Pilsudskis, scheint andere Wege als sein großer Vorgänger gehen zu wollen. Vermutlich dürfte Rhdz-Smigly die Beziehungen zu Frankreich auf eine ver-

trauensvollere Basis stellen. Sein Handeln wird hierbei beeinflusst durch die gewaltige Erstarkung Deutschlands, die innere Zuspitzung in Polen selber und von der Notwendigkeit, für die Verstärkung der eigenen Landesverteidigung die Finanzierung in Paris sicher zu stellen.

Resümierend darf wohl gesagt werden, daß sich Deutschland ausschließlich auf die eigene Kraft verläßt und die Wehrbereitschaft mit äußerster Willensentfaltung und Kraftanstrengung ausbaut, steigert und Freundschaft wirbt. Das Reich verfolgt gewiß keine Absichten, die zum Kriege führen, es benötigt für den eigenen Aufbau Ruhe und Frieden. Es glaubt, daß die Anwesenheit eines innerlich erstarkten und militärisch hochstehenden Deutschland in Europa die Voraussetzung bildet, um auf friedlichem Wege die Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zu erreichen. Wenn man die Dinge so sieht, wird man vermutlich dem deutschen Standpunkt am ehesten gerecht werden.

### III. Zwischen Religionskrieg und Friedenspolitik.

An Stelle konfessioneller und dynastischer Auseinandersetzungen des Spätmittelalters und der Neuzeit tritt die große weltanschauliche Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und der Gegenrevolution, deren Träger Nationalsozialismus und Faschismus sind. Ein Religionskrieg im erweiterten Sinne des Wortes ist in vollem Gange und die Intensität der Vorfälle läßt sich an den spanischen Vorgängen erkennen. Überall, ob in China oder in Rumänien, ob in Brasilien oder Griechenland, vollzieht sich diese Auseinandersetzung mit Blut und Eisen und einer festsamen Grausamkeit, die die Spielregeln eines Krieges im engeren Sinne außer Acht läßt. Nur leichtgläubige und unverbesserliche Optimisten, Ideologen und Dummköpfe lassen sich täuschen und glauben an eine Demokratisierung des Stalinschen Großreiches. Die letzten Schuppen fielen nach der Exekution der 16 Opfer des Moskauer Schauprozesses, der der Volksfrontbewegung in der ganzen Welt tödliche Schläge versetzte, von den Augen einer leichtgläubigen Welt. Die Machtergreifung Largo Caballeros in Madrid vermag diesen lähmenden Eindruck in den linksbürgerlichen Kreisen vollends zu bestätigen. Die Weltdemokratie erhält täglich schulmeisterliche Belehrungen, sei es nun von Herrn Thorez, dem französischen Zilialleiter der 3. Internationale oder von Herrn Gottwald, der in ähnlicher Eigenschaft in Prag regiert. Die Fronten klären sich.

Moskau erhob sich zum Medina des Weltkommunismus, Berlin ist auf dem Wege, das Mekka der Antithese zu werden. In diesem Gegensatz offenbart sich die wirkliche Situation der Welt, die zwischen Religionskrieg und Friedenspolitik taumelt und pendelt. In diesem Gegensatz liegen die einzigen Kriegsgefahren. Eine solche pessimistische Einstellung findet ihre Erhärtung nicht allein durch die täglichen Ereignisse, sie findet ihre besondere Befräftigung durch die Stellungnahme großer internationaler Institutionen:

Erstens: Die Genfer Liga befindet sich in einem Zustand der Agonie, und man wagt das Genfer Tribunal nicht einmal in den spanischen Konflikt, der in Wahrheit den europäischen Frieden mehr als einmal bedrohte, einzuschalten, man greift vielmehr zur Schaffung eines internationalen Neutralitätsausschusses, mit dem Sitz in London.

Zweitens: Der Vatikan, der nicht im Verdachte steht, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren, entfesselte durch die eigene Diplomatie, durch den katholischen Alerus der ganzen Welt und die dem Hl. Stuhl ergebenden katholischen Parteien wie die *actio catholica* einen umfassenden Kampf gegen den „neuheidnischen Nationalsozialismus“ und es schien so, als ob — die Erklärungen zahlreicher katholischer Politiker ließen darauf mit größter Deutlichkeit schließen — der Vatikan seinen Frieden mit Moskau zu machen sich anschicken würde. Indessen vollzog die vatikanische Politik, angesichts der spanischen Ereignisse, einen sensationellen Stellungswechsel, dessen Bedeutung aus dem jüngsten Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz hervorgeht, die sich völlig hinter Adolf Hitler stellte. Der Stellungswechsel des geistlichen Rom findet seinen Niederschlag in der katholischen Presse von der „Reichspost“ in Wien bis zur „Deutschen Presse“ in Prag, die in dem großen Weltgeschehen ihre Passivität aufgaben, für Berlin und gegen Moskau optierten. Die zentrale Stellung des Nationalsozialismus im Kampf gegen den Weltkommunismus erhält aus bisher gegnerischen Kreisen wertvolle Assistenzen.

Drittens: Die 2. Internationale, die im Kampfe gegen den Faschismus das Bündnis mit Moskau suchte, erkennt mit Schaudern, daß der Despotismus Stalins an Virulenz nichts eingebüßt hat und daß der Marxismus ständigen Kompromittierungen durch die Moskauer Gewalthaber ausgesetzt ist. Der Kampf um die menschlichen Freiheiten läßt sich nicht mehr mit dem Kampfe gegen den Faschismus identifizieren. Die Dimitroffsche Taktik, im Wege der Volksfronten den Kommunismus einzuschmuggeln, wurde durch die zynische Moskauer Antwort an die 2. Internationale, welche zugunsten der Angeklagten und zum Tode verurteilten 16 Trozkisten intervenierte, tödlich verwundet.

Was folgert daraus? Der Nationalsozialismus und der römische Faschismus mögen durch den Willen ihrer Gründer keinen Exportartikel darstellen, weil sie standortsgebunden sind. Ihre antibolschewistischen Thesen hingegen erweisen sich als Exportgut ersten Ranges, denn in allen Ländern der Welt formieren sich die Elemente der antibolschewistischen Gegenrevolution. Aus These und Antithese resultieren politische Spannungen innerhalb vieler Nationen und kein Volk kann sich auf die Dauer diesem Prozeß entziehen. Die Welt ist buchstäblich im Aufruhr. Ein tiefer Riß geht durch die Völker und Staaten, durch die Familien und die menschliche Gesellschaft. Die Jugend der Welt ringt um neue Ideale und Arbeitsplätze, sie wendet sich gegen die alteingesessene Ordnung, weil sie sich eine bessere Zukunft erhofft und zu erkämpfen entschlossen ist. Daran ändert auch der

Umstand nichts, daß die internationale Diplomatie in allen ihren Äußerungen vom Frieden spricht. Die Völker aber werden mißtrauisch, weil zu viel von ihm gesprochen wird und die in Erscheinung tretenden Tatsachen mit den Friedensbeteuerungen in Diskrepanz stehen. Deshalb die mehr oder minder vorhandene Kriegspshchose in einzelnen Regionen Europas, die das Vertrauen in eine friedliche Zukunft stört und die aufbauenden wirtschaftlichen Kräfte hemmt.

Ob Krieg kommt? Das amtliche Rußland wünscht vermutlich keinen Krieg, denn eine Niederlage könnte einen Aufruhr der gequälten Völkerschaften des Sowjetreiches im Gefolge haben, während siegreiche Generale für den Kreml eine ebensolche Gefahr bilden. Dennoch rüstet Moskau in Waffen und Gold: der Pazifismus Karl Marx' verwandelt sich in Arsenale und die Steigerung der russischen Goldproduktion ist gewaltig. Letztere schafft die Mittel für eine phantastische Aufrüstung und die Revolutionierung in der ganzen Welt. Diese aber bildet die künftige Kriegsgefahr, wenn sich die Völker gegenüber dem Kommunismus als nicht immun erweisen sollten. Eine solche Gefahr bleibt ins solange bestehen, als Rußland in Osteuropa steht, die Ukraine vergewaltigt bleibt und der Weltkommunismus der 3. Internationale weiterhin seine zersetzende und zerstörende Tätigkeit fortsetzen kann. Wir wissen es nicht, aber möglicherweise ist der Bolschewismus das Lebenselixier, das die asiatischen Völkerschaften zwischen Ural und Beringstraße glücklicher macht. Die moskowitzischen Ansprüche auf Europa und die anderen Erdteile führen jedoch zwangsläufig zum Kriege, zu einem totalitären Kriege. Und hier erhebt sich die Frage: Wird die Demokratie unter Führung Englands dem Drucke widerstehen? — Und kann ein erneuertes demokratisches Widerstandszentrum zum Angelpunkt einer dritten ausgleichenden Alternative werden?

Der Kampf für die Ordnung und gegen das Chaos deutet solche Entscheidungen in absehbarer Zeit an. Anton Rohan hat recht, wenn er kürzlich in einer Abhandlung den bestehenden Zustand „Zwischen Religionskrieg und Friedenspolitik“ bezeichnete.

## **Von der staatspolitischen Bedeutung des schweizerischen Bauerntums.**

Von Hans Joppi.

Die schweizerische Agrarpolitik steht zur Diskussion. Die Frage nach der Bedeutung und der Aufgabe des Schweizerbauern in der heutigen Eidgenossenschaft ist eine politische Frage. Politik handelt immer und allein vom Staate, von der Volksgemeinschaft als souveränem Gebilde, das keinen andern Rechtsseher über sich duldet. Man kann deshalb keine Agrarpolitik,